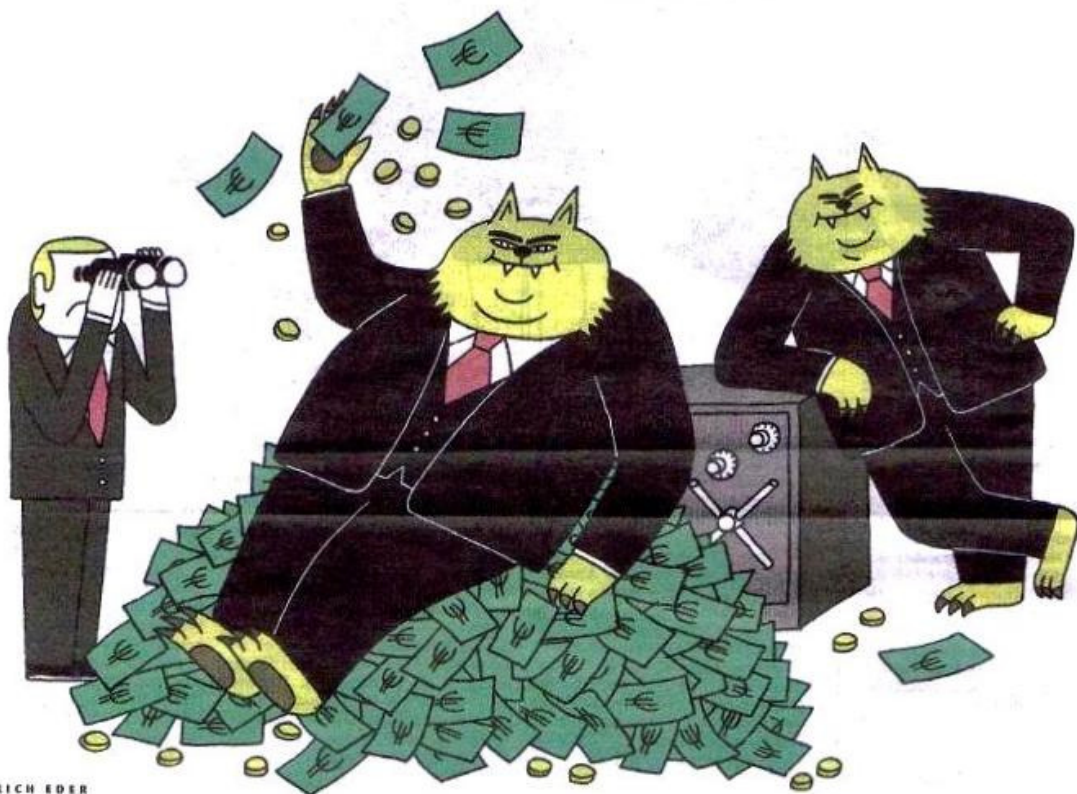


# Die Großzügigkeit der Kontrolloren

Seit der Finanzkrise ringt die Politik weltweit um eine Bankenaufsicht mit Biss.  
Der Libor-Zinsskandal steht für ihr Scheitern



TEXT: ERICH EDER  
ILLUSTRATIONEN:  
JOCHEN SCHIEVING

**A**bsolutely not“, bestritt Paul Tucker wieder und wieder die vorgetragene Anschuldigung vor dem Finanzausschuss des britischen Unterhauses. Anstiftung zum Betrug lautet der Vorwurf gegen den stellvertretenden Gouverneur der Bank of England, den der mittlerweile Ex-Chef der britischen Großbank Barclays gegen ihn erhoben hatte.

Zwischen 2005 und 2009 sollen über ein Dutzend der weltweit größten Geldhäuser den Libor – einen Basiszins, zu dem sie einander Geld leihen – zu ihrem Vorteil manipuliert haben. Dieser Zinssatz beeinflusst Finanzgeschäfte weit über 500 Billionen Dollar, der britische Bankiersverband nennt ihn gar die „wichtigste Zahl der Welt“.

Die Liste derjenigen, die in die Libor-Affäre verwickelt sind, ist ebenso lang wie prominent: die Deutsche Bank, die Schweizer UBS, die japanische Norinchukin Bank oder das US-

Investmentinstitut JPMorgan – honorierte Banken aus aller Welt.

Bei Barclays betrieb man die Zinsmanipulation derart eklatant, dass der Fall nun publik wurde und der Banker Bob Diamond seinen Chefessel räumen musste. Dabei geriet der zweithöchste britische Zentralbanker Paul Tucker unter Druck: Aus dem Jahr 2008 sind Telefongespräche zwischen ihm und Ex-Barclays-Boss Diamond dokumentiert, in denen er die hohen Libor-Sätze des britischen Geldinstituts moniert haben soll. Laut Diamonds Anschuldigungen habe Tucker gar die Zahlung gefälschter, niedrigerer Interbanken-Zinsen gefordert, weshalb sich der vermeintliche Aufseher nun selbst auf der Anklagebank befindet.

Die Posse rund um die Libor-Zinsfälschung ist ein weiterer Akt im Ringen rund um eine funktionierende Bankenaufsicht mit Biss – in Europa ebenso wie weltweit. Seit Ausbruch

der Finanzkrise, ausgelöst durch die Pleite der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers im Jahr 2008, traten kaum strengere Regeln für Banken und die Finanzmärkte in Kraft. Bereits 2010 richteten EU-Parlamentarier, die an neuen, schärferen Gesetzen für die Branche arbeiteten, ein SOS an die Öffentlichkeit.

22 Brüsseler Abgeordnete aller Fraktionen, von Grünen über Sozialdemokraten bis hin zu Liberalen und Konservativen, appellierten mit einer Initiative für mehr Unabhängigkeit der Politiker vor dem Druck der Banken- und Finanzlobby. Ansonsten sei eine umfassende Reform der Branche und der Aufsicht nicht möglich.

**Der Hilferuf der EU-Parlamentarier** verhallte nicht nur, vielmehr wurde das Gegenteil in die Tat umgesetzt. So protestierten Finanzlobby und nationale Aufseher in einer bedenklichen Interessengemeinschaft so vehement, dass

neue Regulierungen wie das Basel-III-Paket schrittweise abgeschwächt und verwässert wurden.

Just wenige Tage bevor die Libor-Affäre an die Öffentlichkeit gelangte, wurde am EU-Gipfel beschlossen, eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) auf den Weg zu bringen. Dabei hatte man erst 2011 die European Banking Authority (EBA) zu eben jenem Zweck ins Leben gerufen. Doch die Behörde hatte nicht zuletzt mit ihren „Stresstests“ für Banken jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, weil sie bereits damals als de facto insolvent bekannte Institute für tauglich befand. Zu sehr sorgten sich Aufseher um die Interessen der angeschlagenen Bankbranche und zu gering waren ihre Befugnisse.

Die künftige Zuständigkeit der EBA bei der Bankenaufsicht mit der

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 9

EZB wird nun zur Verhandlungssache. Zwar hat die Europäische Zentralbank im Gegensatz zur EBA stärkere Druckmittel gegenüber den Privatbanken in der Hand, erhält sie doch mit ihren massiven Liquiditätsspritzen zahlreiche marode Institute wirtschaftlichen am Leben. Höchst fraglich bleibt, ob sich mit ihr als Höchstinstanz die Aufsichtskultur ändern und mehr Distanz zu den Beaufsichtigten einkehren wird.

**Problematisch erscheint** die hohe personelle Fluktuation, die zwischen Aufsichtern und Beaufsichtigten herrscht. Bestes Beispiel ist der Chef Mario Draghi, Präsident der EZB, arbeitete noch vor sieben Jahren als Vizepräsi-

dent des Londoner Büros von Goldman Sachs. Und eben jenes Büro der US-Investmentbank spielte beispielsweise eine gewichtige Rolle rund um die Bilanzfälschungen Griechenlands: So entsandte Goldman Sachs London 2001 seine „Spezialistin“ Antigone Loudiadis nach Athen, um im griechischen Budget 2,8 Milliarden Euro an Schulden zu vertuschen und das Land dadurch als fit für die Maastricht-Kriterien erscheinen zu lassen.

Auch Petros Christodoulou, zuvor Mitarbeiter bei Goldman und dann bei der griechischen Zentralbank Chef der Schuldenverwaltung, nutzte die Tricks der Goldmänner. In Kooperation mit der Investmentbank ließ er die Londoner Zweckgesellschaft „Titlos Plc“ gründen, um griechische Kredite auf die Zentralbank des Landes zu über-

tragen. Viel lieber als über seinen früheren Job bei Goldman Sachs spricht EZB-Präsident Draghi aber ohnehin über Themen wie Europas Sozialstaat, den er kurz nach seinem Amtsantritt „ein Auslaufmodell“ nannte.

**Eine seine ersten Taten** als oberster Zentralbanker der Eurozone waren zwei Geldspritzen von insgesamt über 1000 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von einem Prozent, die die EZB in die Privatbanken butterte. Laut dem Chef der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, „sehr generös“ und nur eine von zahlreichen Hilfsmaßnahmen der EZB für angeschlagene Privatbanken. Dennoch stehen nun zahlreiche von ihnen vor dem Bankrott und schon bald soll die von Draghi geführte EZB Geldhäuser ähn-

lich seinem ehemaligen Arbeitgeber beaufsichtigen.

Dass gerade dieses in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten vorhandene Kontrollmodell – Zentralbanken als Aufsichtsorgane – die katastrophale aktuelle Situation nicht verhindert, sondern vielmehr mitverursacht hat, kam in der öffentlichen Krisen-debatte bisher ebenso zu kurz wie die Verwobenheit der Aufseher mit der Branche.

Diese Verflechtung hat zweifelsohne Tradition, denke man nur an Joseph P. Kennedy, Vater des legendären US-Präsidenten. Ihn erkor Franklin D. Roosevelt 1934 zum Leiter der US-Finanzmarkt-aufsicht Securities and Exchange Commission (SEC), für Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman war Kennedy Senior aber ein „großen Gauner“ – er kenne nun einmal die Tricks

## Die Gutbanken

Immer mehr Menschen sorgen sich darum, was auf der Bank mit ihrem Geld geschieht – ethische Banken füllen diese Nische

BERICHT:  
RUTH EISENREICH

**A**tomkraftwerkbetreiber, Waffenhersteller und Firmen, die Kinder ausbeuten: Kaum jemand will solchen Unternehmen Geld in die Hand drücken. Doch wer ein Konto bei einer großen Bank hat, tut indirekt möglicherweise genau das.

Seit einigen Jahren erkundigen sich mehr und mehr Menschen vor der Kontoeröffnung nicht nur nach Laufzeit und Zinsen, sondern auch danach, was zwischen Einzahlung und Abhebung mit ihrem Geld geschieht – und das Angebot für sie wächst. In vielen Ländern gibt es mittlerweile alternative Banken, in Deutschland etwa die

GLS (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken), die Umweltbank, die niederländische Triodos Bank, die katholische Steyler Bank und die Ethikbank, einen Zweig einer ostdeutschen Volksbank.

**Sie alle investieren die Gelder ihrer Kunden** schließlich in Unternehmen und Staaten, die gewisse ethische Kriterien erfüllen. Wer will, kann außerdem einen Teil seiner Zinsen an Umwelt- oder Sozialprojekte spenden. Grundsätzlich aber muss, wer ethisch investiert, nicht mit Renditeverlusten rechnen, betuern die Banken.

Noch ist der Marktanteil der nachhaltigen Banken verschwindend gering, in Deutschland liegt er bei unter einem Pro-

zent. Doch die Banken wachsen nach eigenen Angaben um bis zu 36 Prozent pro Jahr, nicht zuletzt weil die Finanzkrise viele Menschen den Großbanken gegenüber misstrauisch gemacht hat. Im Laufe der nächsten Jahre könnte nachhaltiges Banking jenen Weg vom Nischenprodukt in den Mainstream gehen, den Bioessen und Ökostrom bereits eingeschlagen haben.

In Österreich ist das Angebot noch mager. Wer eine auf Ethik und Nachhaltigkeit ausgerichtete Bank sucht, muss sich an GLS oder Ethikbank wenden; sie haben je etwa 400 österreichische Kunden.

Zwar bieten mittlerweile auch die meisten großen Banken Ethikprodukte an, „aber das ist eine opportunistische Ethik“, sagt

**Das sind die Guten:**  
www.demokratische-bank.at  
www.ethikbank.de  
www.gls.de  
www.schellhammer.at  
www.steyler-bank.de  
www.triodos.de  
www.umweltbank.de

ILLUSTRATION: JOCHER SCHIEWEK

der Branche, hieß es hinter vorgehaltener Hand. Damals wie heute werden in den USA gerne Aufseher aus den Reihen der Investmentbanken rekrutiert – so war Hank Paulson, US-Finanzminister zur Zeit der Lehman-Pleite 2008, zuvor Chef von, richtig, Goldman Sachs.

Die Kenntnis der „Tricks“ der Branche scheint also nicht unbedingt zum Unterbinden verwerflicher Geschäftspraxis zu führen. Eher dürfte sie allem Anschein nach ein teures Übermaß an Verständnis nach sich ziehen.

**Der Blick in die USA** lässt ohnehin kaum Inspiration für eine funktionierende, unabhängige Bankenaufsicht erlangen. Wenige Wochen vor der Libor-Affäre musste sich Jamie Dimon, Geschäftsführer der US-Investmentbank JPMorgan, vor dem Bankenausschuss des US-Senats einen Spekulationsverlust von rund 5,8 Milliarden Dollar verantworten, die seine Bank wegen spekulativer Geschäfte verzeichnet hatte.

Die Befragung vor dem Ausschuss verkam zu einer derartigen Farce, dass sie dem US-Fernsehkamiker Jon Stewart einen Beitrag wert war. Die Aufseher schmeichelten Dimon nicht nur in einem Maß, dass dieser fast selbst schon peinlich berührt wirkte. Trotz Milliardenverlust stellten sie ihm Fragen wie „What should the function of the regulators be?“ – also, welche Funktion sie selbst haben sollten. Diese bizarre Art der Ausschussführung liegt wohl auch daran, dass JPMorgan Hauptfinanzier der Wahlkämpfe der meisten Senatoren, die die Fragen stellten, ist.

Freilich ist die Problematik nicht auf die Finanz- und Bankbranche beschränkt. In den Nachwehen des Super-GAU in Fukushima traten beispielsweise zahlreiche Versagen der Atomaufsichtsbehörden in Japan zutage, auch die enge Verknüpfung mit der japanischen Spitzenpolitik stand in der Kritik. Ebenso wie aus den Konsequenzen des GAUs für die Umwelt sollte man auch aus den Folgen der Lehman-Pleite für die Weltwirtschaft nicht nur politische Worthülsen, sondern auch rechtliche Konsequenzen ziehen. Unbefangenes Aufsichtspersonal, das über genügend Expertise und Befugnisse verfügt, wird nun zwar wieder debattiert, jedoch erscheinen die vorgeschlagenen Maßnahmen alles andere als neu.

**Gleichzeitig hat auch die politische** Besetzung von Aufsichtsposten wenig Abhilfe geschafft, denn Personen ohne Interessenkonflikte, vielleicht gar in Form akademischer Experten, existieren eher in Theoriebüchern als im normalen Berufsleben. Vielleicht wäre es doch zuerst angebracht, sich um die Beschaffenheit des Bank- und Investmentgeschäfts zu kümmern, wenn man dort schon die künftigen Aufseher ausgebildet wissen will.

Nur eine Woche nach der Libor-Affäre, die in Großbritannien noch immer hohe Wellen schlägt, kam es zum nächsten Skandal in der Bankbranche: Die britische Bank HSBC soll laut dem US-Senat über Jahre Geldwäsche im großen Stil, unter anderem für Drogenkartelle aus Mexiko und terroristische Organisationen aus dem Iran und Saudi-Arabien, betrieben haben. Es kam bereits zu ersten Rücktritten.

Die zukünftige europäische Aufsichtsinstitution hatte hierbei aber nichts zu melden: Auf Insistieren der Briten wird die EZB lediglich Großbanken der Eurozone beaufsichtigen. Ob des mächtigen Finanzplatzes London ist aber knapp die Hälfte der größten Banken in der EU in Großbritannien beheimatet – für sie wird die EZB nicht zuständig sein. Selbiges gilt für Tochterfilialen europäischer Geldhäuser, etwa in Offshore-Steuerzonen außerhalb ihres Aufsichtsbereiches.

**Ob man in Europa** ebenso wie im Rest der Welt mit solchen Konsequenzen die in Sachen Geschäftsmodell und Moral an einem Tiefpunkt angelangte Finanzbranche besser unter Kontrolle bekommt? Zweifel scheinen angebracht, neue Ideen oder Verhandlungsansätze sind jedoch bitter notwendig. Denn im Schatten schwächelnder Industrienationen rund um den Globus wird eine sinnvolle und funktionierende Finanzwirtschaft unverzichtbar sein.

## Klassiker



**Adam Smith: Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker.** Mohr Siebeck, 924 S., € 29,90



**Karl Marx: Das Kapital, Erster Band.** Karl Dietz Verlag Berlin, 955 S., € 24,90



**Eugen Böhm von Bawerk: Kapital und Kapitalzins.** Biblio@azaar, 574 S., € 47,06



**Georg Simmel: Philosophie des Geldes.** Anaconda, 832 S., € 10,30



**Emile Zola: Das Geld.** Roman. Insel Verlag, 587 S., € 10,99

## Aktuelle Bücher



**Stephan Schulmeister: Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa.** Picus Verlag, 158 S., € 9,90



**David Graeber: Schulden. Die ersten 5000 Jahre.** Klett-Cotta, 336 S., € 27,70



**Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin (Hg.): Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt.** Suhrkamp, 350 S., € 16,50



**M. Heine, Hansjörg Herr: Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB und die Probleme in der EWU.** Metropolis, 260 S., € 20,40



**John Kenneth Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft.** Pantheon, 126 S., € 10,30



Ulrich Thielemann, Direktor der Denkfabrik für Wirtschaftsethik in Berlin: „Wichtig ist, dass das Geschäftsmodell im Ganzen ethisch fundiert ist – dass die Bank ethische Kriterien höher bewertet als das Prinzip der Gewinnmaximierung.“

Am ehesten erfüllt das hierzulande die Privatbank Schelhammer und Schattera, die zu 85 Prozent der katholischen Kirche gehört. Sie bietet spezielle Ethiksparbücher und -fonds an, Vorstand Peter Bohler beteuert aber, dass auch bei anderen Produkten ethisch gehandelt werde – und dass die Bank ihre seit Jahren in der Kritik stehende 5-Prozent-Beteiligung an den Casinos Austria „längerfristig“ aufgeben werde.

2013 oder 2014 soll ein weiteres Projekt an den Start gehen: die „Demokrati-

sche Bank“, initiiert von Attac-Mitbegründer Christian Felber. Sie soll nicht gewinnorientiert arbeiten. Kredite nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben und alle Entscheidungen demokratisch treffen.

Doch eine Bankengründung ist teuer und aufwendig. Das musste etwa die deutsche GLS erfahren: Sie gab ihre Pläne, nach Österreich zu expandieren, auf.

Ausgerechnet jene Finanzkrise, deretwegen sich immer mehr Bürger von den Großbanken abwenden, könnte nun die Gründung alternativer Banken erschweren: „Seit Beginn der Krise bemüht sich die Finanzmarktaufsicht um eine bessere Regulierung“, sagt der Wirtschaftsethiker Klaus Gabriel. „Deshalb hat sie kein Interesse an einer größeren Bankenlandschaft.“